Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,30 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 6 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 266. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 14. November 1928

Schwierige Lage im Reichstag

Was wird aus dem Panzerkreuzer?

Fortführung der Aussperrungsdebatte.

lo. Berlin, 13. November.

Vollzieht sich die Auseinandersetzung über den großen Arbeitskampf im westlichen Industriegebiet bisher im Reichstag auch unter Wahrung ziemlich ruhiger Formen und sind an dem ersten beiden Tagen die turbulenten Szenen ausgeblieben, die dieser oder jener erwartet haben mochte, so kann das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß unter der Oberfläche der Volksvertretung scharfe Gegensätze klassen, von denen man noch nicht weiß, wie sie überwunden werden sollen. Es ist nicht allein der beklagenswerte Streit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Industrie, der die Gemüter in Spannung erhält. Würde schon die Möglichkeit gefunden, den augenblicklichen fieberhaften Zustand an Ruhr und Rhein wieder in normale Bahnen zu lenken, so droht sofort ein anderer Konflikt, und das ist der Streit um den vielbesprochenen Panzerkreuzer A. Nach den Dispositionen des Reichstages sollte nach Beendigung der Aussperrungsdebatte zunächst die Außenpolitik besprochen werden und zwar unter einer einleitenden großen Rede des wieder in sein Amt zurückgekehrten Außenministers Dr. Stresemann. Nun hat sich aber die Panzerkreuzerangelegenheit plötzlich in den Vordergrund geschoben und wird vermutlich vor der Außenpolitik an die Reihe kommen. Das Reichskabinett trat bereits zusammen, um zu beraten, ob der bekannte sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Kreuzerbaues noch in dieser Woche verhandelt werden soll. Das Zentrum ist dem Vernehmen nach an den Reichstagspräsidenten mit der Anregung herangetreten, den sozialdemokratischen Antrag zunächst nach Beendigung der Arbeitsstreitdebatte zu behandeln.

Natürlich knüpfen sich an dieses Vorgehen in politischen Kreisen zahlreiche Gerüchte. So spricht man davon, daß Reichswehrminister Groener fest entschlossen sei, an dem Bau des Panzerkreuzers festzuhalten und bei einem etwaigen Einstellungsbeschluß des Reichstages die Folgerungen zu ziehen, d. h. von seinem Amt zurückzutreten. Groener soll bereits auch dem Reichspräsidenten diese Absicht kundgegeben und sowohl an Hindenburg wie an die übrigen Kabinettsmitglieder eine Denkschrift mit der Begründung seines Standpunktes gegeben haben.

Ob sich die Dinge in Wirklichkeit so abgespielt haben, wie es erzählt wird, steht dahin. Jedenfalls ist das politische Interesse im Augenblick in stärkster Weise auf das Ringen um den Kreuzer hingelenkt und es wäre nicht unmöglich, daß sich aus diesem heißen Eisen eine Regierungskrise entwickeln könnte, wenn Groener wirklich Rücktrittsabsichten hätte. Im Zusammenhang stehen damit die ganzen Erwägungen über die Schaffung dauerhafter Regierungskoalitionen im Reiche und in Preußen, die ja seit langer Zeit zwischen den Parteien besprochen werden. Ernste Erschütterungen in der inneren Politik könnten wir aber wohl im Augenblick — darüber herrscht keine Meinungsverschiedenheit — kaum gebrauchen. Der Ältestenrat des Reichstages will sich morgen, nachdem ihm die Meinung des Kabinetts bekanntgeworden sein wird, endgültig entschließen. Erhält die Kreuzerfrage den Vorrang, so würde sie voraussichtlich bereits am Freitag der Entscheidung entgegengeführt werden.

*

Sitzungsbericht.

(12. Sitzung.)

CB. Berlin, 13. November.

Das Haus setzte die Aussprache über die Interpellationen zur Aussperrung in Westdeutschland fort. Abg. Brandes (Soz.) erklärte, der Reichstag habe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zum Einschreiten. Der Schiedsspruch habe bei weitem nicht die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt. Er sei von den Arbeitern nur angenommen worden, um die unheilvolle Wirkung eines schweren Lohnkampfes auf das Wirtschaftsleben zu vermeiden. Die Arbeitgeber hätten diese Rücksicht nicht genommen. Durch den Spruch des Duisburger Arbeitsgerichts werde die Klärung der Rechtslage verzögert, denn nun würden die Gewerkschaften kaum die Sprungrevision in Anspruch nehmen können, weil erst das Landesarbeitsgericht die Feststellungen des Duisburger Richters beseitigen müsse. Der Kampf der Unternehmer gehe nicht gegen die paar Pfennig Lohnerhöhung, sondern gegen den Eingriff des Staates in die sozialen Verhältnisse. Seine Fraktion beantrage, die notwendigerweise den Ausgesperrten zu zahlende Unterstützung von den Unternehmern wieder einzuziehen. Eine Änderung des Schlichtungswesens würde gegenwärtig eine Förderung des Planes der Unternehmer bedeuten. Die Sozialdemokratie lehne deshalb die Zentrumsanträge ab. Wenn die Unternehmerschaft den Kampf fortführe, würde eine Suspension der Eisenzölle zu erwägen sein. Auch die Verfassungsbestimmung könnte angezogen werden, daß bei Mißbrauch eine Enteignung der Betriebe erfolgen könne.

Der deutschnationale Standpunkt.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Dtn.) meinte, daß der bisherige Verlauf der Aussprache der großen und lebenswichtigen Bedeutung des Kampfes nicht voll entspräche. Man dürfe die Probleme nicht nur unter dem engen Rahmen des akuten Stadiums betrachten. Der Redner ging dann auf die Wirtschaftslage seit der Stabilisierung der Mark in längeren Ausführungen ein. Er sagte dabei u. a., daß ein unzureichender, mangelhafter Schutz des deutschen Innenmarktes vorliege, während sich zu gleicher Zeit die anderen europäischen Staaten mit hohen Zollmauern umgäben. Der Redner ging im Verlauf seiner Ausführungen auf die Entwicklung der Verhältnisse am Kohlen- und Eisenmarkte ein, stellte ziffernmäßige Vergleiche über die Rentabilität der Betriebe vor und nach dem Kriege an und betonte, daß die Krise in der Kohlen- und Eisenindustrie deshalb besonders verhängnisvoll sei, weil sie die Produktionszweige träfe, bei denen die Arbeitnehmer unter den schwersten Bedingungen zu arbeiten hätten, deshalb auch am ehesten für sich das Recht beanspruchen könnten, am besten entlohnt zu werden. Gerade die Eisenindustrie habe unter den Folgen des Versailler Vertrages am allerschwersten zu leiden. Der Redner betonte, daß er das Streben der Arbeitnehmerorganisationen nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen als eine berechtigte und selbstverständliche Erfüllung ihrer Pflichten ansähe.

Reichsarbeitsminister Wissell

antwortete auf eine Frage des Vorredners, daß ihm und dem Wirtschaftsminister am 5. Oktober die Industriellen Material offerieren sollte. Das Material hätte er entgegengenommen und sich bereit erklärt, weiteres Material zu prüfen. Für ihn hätte sich daraus ergeben, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Eine Beeinflussung des Arbeitsgerichts hätte ihm dabei vollständig ferngelegen.

Abgeordneter Dr. Moldenhauer (D. Vp.) meinte, die Wurzel des gegenwärtigen Konfliktes liege darin, daß das System zu Bruche gegangen sei, an Stelle von Tarifvereinbarungen amtliche Lohnfestsetzungen zu setzen. Denn nichts anderes sei die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen. Wenn der Minister behauptet habe, daß in anderen Industrien höhere Löhne gezahlt werden, so sei das abzulehnen. Man könne nur mit gleichgelagerten Betrieben vergleichen. Durch dauernde Lohnerhöhungen ergäben sich Preissteigerungen, die wieder verminderten Absatz und schlechtere Konkurrenzmöglichkeiten zur Folge hätten.

Abg. Colosser (Wirtschaftspartei) meinte, man könne die notwendige Besserstellung der Arbeiterschaft nicht durch schematische Erhöhung des Nominallohnes erreichen. Vielmehr müßten die öffentlichen Lasten erheblich gesenkt, die Kaufkraft des Lohnes erhöht und damit auch der Lebensstandard der Arbeiter gehoben werden.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) gab zu, daß die Arbeitsbedingungen der Eisenindustrie durch die Kriegsfolgen erheblich verschlechtert worden seien. Aber dafür sei nicht die Lohnhöhe verantwortlich zu machen, sondern neben der Zinsenlast die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. In jedem Falle sei die Aussperrung ein schwerer Fehler gewesen, sowohl nach der sachlichen wie nach der grundsätzlichen Seite hin. Seine Partei halte auch ihrerseits eine Reform des Schlichtungswesens für notwendig, wünsche aber die Beibehaltung der Verbindlichkeitserklärung.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.) bedauert, daß die Staatsmittel nicht ausreichten, um diese Aussperrung unmöglich zu machen. Er meint, daß trotz der ungünstigen Lage der deutschen Gesamtwirtschaft gerade die Eisenindustrie in der Lage sei, die Lohnerhöhungen zu tragen. Den Aussperrungsbeschluß der Unternehmer bezeichnet der Redner als eine schwere Verletzung der Staatsautorität.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Vermittelung im Eisenkonflikt

Der Kampf an der Ruhr.

Die Debatte im Reichstag über den Wirtschaftskonflikt in der Eisenindustrie hat bisher zu einer Klärung der juristischen Seite nicht beitragen können, weil eine endgültige gerichtliche Entscheidung bisher nicht vorliegt. Wenn man auch hofft, diese baldmöglichst herbeizuführen, und selbst wenn das Reichsarbeitsgericht sich dann auf einen anderen Standpunkt stellen sollte, als die erste Instanz in Duisburg dies getan hat, so dürfte doch wohl die Meinung immer stärkeren Boden gewinnen, daß man diesen ganzen Konflikt auf dem Wege der rein gerichtlichen Entscheidung höchstens formell und für den Augenblick, aber nicht in seinen Grundströmungen lösen kann. Denn unsicher und umstritten bleibt die Rechtslage, mögen nun die Sprüche der Gerichte ausfallen wie sie wollen.

Der ganze Konflikt ist eben ein wirtschaftspolitischer Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ein Kampf also, der nur durch wirtschaftspolitische Mittel zu Ende geführt oder vorher auf dem Wege des Waffenstillstandes beendet werden kann. Versuche, die streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen, sind ja schon im Gange und werden gerade von parlamentarischer Seite befürwortet. Wichtiger also als die Gerichtsentscheidung abzuwarten, dürfte es sein, Maßnahmen zu treffen, die den wirtschaftlichen Schäden des Kampfes baldmöglichst Einhalt gebieten. Dabei ist vor allem nicht zu vergessen, daß mit jedem Tage des Arbeitskampfes die Not auf der Arbeitnehmerseite steigt, die Kommunen, die dieser Not steuern wollen, auch ihrerseits finanziell schwer zu leiden haben. Denn auch dafür, ob die Arbeitslosen nun Unterstützung erhalten sollen oder nicht, muß erst noch eine besondere gerichtliche Entscheidung getroffen werden, wie diese im Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgesehen ist; wenn das geschieht, ist auch noch nicht abzusehen, Denn in diesem Spruchverfahren wieder müßte man eigentlich darauf warten, wie die endgültige gerichtliche Entscheidung über den Kampf selbst ausfällt.

Regierungspräsident Bergemann,
der zwischen den streitenden Parteien vermittelt.

Aber man muß noch weiter denken. Die so außerordentlich scharf umstrittene rechtliche Unterlage dieses Kampfes zeigt zum mindesten das eine, daß in dem Schiedsgerichtsverfahren, wie es jetzt besteht, nicht alles in Ordnung zu sein scheint. Auch der Abgeordnete Stegerwald, der grundsätzlich ein Freund des bestehenden Systems mit Zwangseingriff des Staates ist, äußerte in der Reichstagsdebatte, daß „die Reformbedürftigkeit des jetzigen staatlichen Schlichtungswesens von allen Beteiligtem anerkannt werde“; auch die Unternehmerschaft habe eine völlige Beseitigung dieses Systems nicht verlangt. Beides ist richtig, aber jetzt, mitten im Kampf, wird man kaum einander näherrücken.

Dabei stehen ja neue Auseinandersetzungen innerhalb der Eisenindustrie in naher Aussicht; diesmal handelt es sich um die Arbeitszeitfrage — und wenn man sich jetzt an den Verhandlungstisch setzt, dann sollte versucht werden, auch gleich in diesem Streit zu einer Einigung zu gelangen. Was übrigens nicht minder schwierig ist als in der Lohnfrage. Zum mindesten muß aber sobald als möglich der ernsthafte Versuch gemacht werden, diesen Konflikt in der Eisenindustrie, der sich so böse und so verhängnisvoll zugespitzt hat, so schnell wie möglich zu beenden und dann ebenso schnell neue Wege zu suchen, auf denen die Austragung der nun anscheinend unvermeidlichen Kämpfe im Wirtschaftsleben auf eine eindeutigere und damit größeres Verantwortungsbewußtsein erheischende Art erfolgt.

Die Vermittlungsaktion.

Die Verhandlungen des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Bergemann, der die Initiative zur Beilegung des Eisenkonflikts ergriffen hat, haben mit den Arbeitgebern stattgefunden. Die Arbeitgeber haben in dieser Vorbesprechung ihre grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft erklärt. Später fanden Besprechungen des Regierungspräsidenten mit den Arbeitnehmern statt, die sich bis in die späten Abendstunden hinein erstreckten.

*

Vor einer Vermittlungsaussprache im Eisenkonflikt.

Düsseldorf. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen haben in der Vorverhandlung am Dienstag abend Regierungspräsident Bergemann gegenüber auch ihrerseits die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft erklärt. Regierungspräsident Bergemann wird nunmehr die beiden Parteien zu einer gemeinsamen Besprechung laden.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Reparationsbesprechungen.

Paris, 13. November. Von amtlicher Seite wird bekannt gegeben: Der französische Außenminister Briand hat am Dienstag dem deutschen Botschafter Herrn von Hoesch zu sich geladen, um die Fühlung, die durch die französische Ministerkrise eine Unterbrechung erfahren hatte, wieder aufzunehmen. In der Unterhaltung wurde u. a. auch der gegenwärtige Stand der Besprechungen über die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Reparationsfrage erörtert.

Poincarés Programm.

Erste Kabinettssitzung.

Montag nachmittag traten unter dem Vorsitz des Kabinettspräsidenten die neuen Minister zu ihrer ersten Beratung zusammen. Man beschäftigte sich mit den gegenwärtig zur Erörterung stehenden Fragen und der Ausarbeitung des Regierungsprogramms, über dessen Grundlinien man sich verständigt hat. Nach neuer Beratung wird die endgültige Fassung der Regierungserklärung in einem Ministerrat festgelegt werden. Die Verlesung vor dem Parlament erfolgt Donnerstag.

Was die von den Radikalsozialisten beantragte Verminderung der Kriegskredite anlangt, so wurde Kriegsminister Painlevé beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Berichterstatter für das Kriegsbudget eine neue Kreditverminderung zu versuchen. Poincaré dürfte den

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF